

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Rat - öffentlich

Sitzungstermin: Dienstag, 06.07.2004

Raum: Dorfkrug Hankhausen, Loyer Weg 91, 26180 Rastede

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:28 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ratsvorsitzender

Herr Walter Steinhausen CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Bürgermeister Dieter Decker CDU

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Frau 2. stv. BM Friedegund Reiners CDU

Herr Hans-Gerold Finkeisen CDU

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Matthias Decker CDU

Herr Hans-Hermann Denker CDU

Herr Klaus Duddeck CDU

Frau Doris Kley CDU

Herr Alfons Langfermann CDU

Herr Hans-Dieter Röben CDU

Herr Wolfgang Salhofen CDU

Herr Uwe Tensfeldt CDU

Herr Wilfried Wefer CDU

Herr Torsten Wilters CDU

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Jürgen Haake FDP

Herr Hans-Gerd Borchers SPD

Frau Hannelore Druivenga SPD

Herr Dieter Güttler SPD

Frau Sabine Koopmann SPD

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Werner Skirde SPD

Frau Marie-Luise Weber SPD

Herr Gerd Langhorst Bündnis 90/Die Grünen

Frau Inge Langhorst Bündnis 90/Die Grünen

Herr Egon Düser UWG

Herr Rainer Zörgiebel UWG

Ehrenratsmitglieder

Frau Marianne von Essen CDU

Verwaltung

Herr Günther Henkel
Herr Hans-Hermann Ammermann
Herr Frank Dudek
Herr Fritz Sundermann
Herr Ralf Kobbe
Herr Georg Sandkuhl

Protokoll
Technik

Gäste

Herr Uwe Harms von der Rasteder Rundschau
Herr Wolfgang Müller von der Nordwest-Zeitung
sowie 5 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Walter Backhaus	CDU
Herr Hans-Hermann Schlange	SPD
Herr Wolfgang Schwalbe	SPD

Ehrenratsmitglieder

Herr Gerd Meister	SPD
-------------------	-----

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.05.2004
- 4 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 - Rastede Ortskern (Teilbereich Oldenburger Straße)
Vorlage: 2004/120
- 5 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 63 B- Ortszentrum Wahnbek
Vorlage: 2004/140
- 6 Bebauungsplan 75 - Im Göhlen
Vorlage: 2004/141
- 7 Straßenbenennung für die Straße am Sportplatz Neusüdende
Vorlage: 2004/133
- 8 Neufassung des Abwasserbeitrages und Neufassung der Abwasserbeitragssatzung
Vorlage: 2004/137
- 9 Haushalt 2002 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2004/129
- 10 Haushalt 2004 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 2004/160
- 11 Gründung der "Residenzort Rastede GmbH"
Vorlage: 2004/167 B
- 12 Bericht des Bürgermeisters
- 13 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen eröffnet die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Sitzungsverlauf:

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 31 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Rat beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.05.2004

Der Rat beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates vom 11.05.2004 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 - Rastede Ortskern (Teilbereich Oldenburger Straße)

Vorlage: 2004/120

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 17.05.2004.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 60 – Rastede Ortskern (Teilbereich Oldenburger Straße) nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31

Nein-Stimmen:

Enthaltung:

Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 5

**1. Änderung Bebauungsplan Nr. 63 B- Ortszentrum Wahnbek
Vorlage: 2004/140**

Sitzungsverlauf:

Frau Reiners betont, dass die CDU Fraktion ausgesprochen froh ist, dass nunmehr das Versorgungszentrum Wahnbek realisiert wird. Mit der vorliegenden Änderung des Bebauungsplanes wird gleichzeitig eine Option geschaffen, die eine spätere Erweiterung des Versorgungszentrums ermöglicht. Ein ausdrücklicher Dank geht an die Verwaltung, die mit viel Engagement an der erfolgreichen Umsetzung des Projekts gearbeitet hat.

Herr Kramer schließt sich den Äußerungen von Frau Reiners an und ergänzt, dass die nun vorgelegte abgespeckte Version des Versorgungszentrums immer noch ausreichend ist, um die Grundversorgung in Wahnbek sicherzustellen. Letztendlich haben es die Bürger – die dort einkaufen – und die Gemeinde mit einer weitsichtigen Bauleitplanung in der Hand, den weiteren Bedarf für das Versorgungszentrum zu erhöhen. Er erinnert noch einmal an die fünfjährige Planungsphase, die von zahlreichen Höhen und Tiefen geprägt war.

Herr Langhorst begrüßt in diesem Zusammenhang die Aktion „Ich kaufe in Rastede“, die im übertragenen Sinne auch die Wahnbeker Bürger im Hinblick auf das Versorgungszentrum beherzigen sollten.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 13 Nr. 2, 2. Alt. in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 21.06.2004 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung wird bestätigt.
3. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 63 B – Ortszentrum Wahnbek nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 6

Bebauungsplan 75 - Im Göhlen
Vorlage: 2004/141

Sitzungsverlauf:

Herr Tensfeldt gibt zu verstehen, dass man sich viel Ärger erspart hätte, wenn bereits vor drei Jahren bekannt gewesen wäre, dass die Bodenverhältnisse im Göhlen eine Bebauung zulassen. Bedauerlicherweise hat die CDU Fraktion damals Aussagen von so genannten Fachleuten vertraut, die eine Bebauung im Göhlen für nahezu unmöglich gehalten haben. Nachdem aber die zwischenzeitlich vorgenommenen umfangreichen Bodenproben ergeben haben, dass die Bebauung des Areals möglich ist, haben alle im Rat vertretenen Fraktionen gemeinsam mit Nachdruck dazu beigetragen, die Aufstellung des Bebauungsplanes innerhalb kürzester Zeit zu realisieren.

Frau Fisbeck erklärt, dass es Rat und Verwaltung mit der zügigen Aufstellung des Bebauungsplanes nunmehr gelungen ist, der großen Nachfrage nach erschwinglichen Bauplätzen im Hauptort Rastede gerecht zu werden. Sie begrüßt, dass erstmalig einige großflächige Grundstücke angeboten werden, die mit dazu beitragen können, den Residenzort Rastede mit seinem positiven Image zu stärken.

Herr Kramer begrüßt, dass mit der Schaffung von Bauland im Göhlen eine alte Forderung der SPD, der Grünen und der UWG umgesetzt wird. Er erinnert daran, dass die CDU im Kommunalwahlkampf die Fläche als ungeeignet für eine Wohnbebauung abgelehnt hat und den Hankhauser Esch bebauen wollte. Außerdem war die Mehrheitsgruppe bereit, den § 165 BauGB einzusetzen, um somit notfalls zwangsweise an privates Bauland zu kommen. Die SPD hat sich stets gegen diese Punkte ausgesprochen und versucht, geeignete Flächen wie am Buschweg und im Göhlen einer Bebauung zuzuführen. Er zeigt sich erfreut darüber, dass nun auch die Mehrheitsgruppe von einer Planung im Göhlen überzeugt werden konnte.

Herr Zörgiebel befürwortet die aktuelle Planung im Göhlen und macht darauf aufmerksam, dass die UWG bereits vor einigen Jahren darauf hingewiesen hat, dass dieses Gelände ideal für eine Wohnbebauung geeignet ist. Der eingetretene Zeitverlust wäre aus heutiger Sicht sicherlich nicht notwendig gewesen.

Herr Langhorst erinnert daran, dass die konsequente Untersuchung der Suchräume – die im Gemeindeentwicklungskonzept 2000+ dargestellt wurden – dazu geführt hat, dass geeignete Flächen für eine weitere Wohnbauentwicklung im Hauptort gefunden wurden. Er merkt positiv an, dass eine konstruktive thematische Auseinandersetzung in den Rastgremien dazu geführt hat, dass heute ein von allen Fraktionen getragener Beschluss zustande kommt.

Bürgermeister Decker erklärt, dass die vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bautätigkeiten im Neubaugebiet Göhlen angeregte Verlängerung des Koppelwegs bis zur Straße Hasenbült im vergangenen Verwaltungsausschuss vorgestellt wurde. Nach einer ersten Kostenschätzung wird die Baustraße rund 42.000 Euro kosten. Es ist vorgesehen, den vorhandenen Feldweg mit Brechkorngemisch herzurichten, um die Siedlungsstraßen rund um das neue Baugebiet nicht unnötig zu belasten beziehungsweise zu beschädigen.

Herr Finkeisen betont, dass sich die CDU seinerzeit vor dem Hintergrund der schlechten Bodenverhältnisse gegen eine Bebauung im Göhlen ausgesprochen hat. Nachdem aber aktuelle Bodenproben ergeben haben, dass dieses Areal für eine Bebauung geeignet ist, hat die CDU aufgrund der neuen Sachlage die Planung für das neue Wohnbaugebiet begrüßt und gemeinsam mit allen Fraktionen im Rat intensiviert. Bezüglich des § 165 BauGB gibt er zu verstehen, dass die SPD Fraktion zunächst den Einsatz des Gesetzes befürwortet hat. Im weiteren Verlauf ist jedoch von Rat und Verwaltung versäumt worden, die Bürger mit auf den Weg zu nehmen, so dass die Zustimmung nach und nach verloren gegangen ist.

Herr Krause erläutert, dass die Bodenproben im Göhlen erst auf massiven Druck der Opposition veranlasst wurden. Die CDU hat sich lange Zeit nur mit dem Gelände am Nordpol und dem Hankhauser Esch befasst, ohne nach Alternativen zu suchen. Letztendlich ist es der SPD zu verdanken, dass heute der Bebauungsplan für die Flächen im Göhlen verabschiedet werden kann.

Bürgermeister Decker erwidert, dass die Entnahme von Bodenproben im Göhlen auf Vorschlag der Verwaltung veranlasst worden ist.

Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 21.06.2004 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes 75 – Im Göhlen mit örtlichen Bauvorschriften nebst Begründung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Straßenbenennung für die Straße am Sportplatz Neusüdende
Vorlage: 2004/133

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Die für die Bebauung des Sportplatzes Neusüdende notwendige Straße erhält den Namen **Schoolkamp**.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Neufassung des Abwasserbeitrages und Neufassung der Abwasserbeitragssatzung
Vorlage: 2004/137

Sitzungsverlauf:

Herr M. Decker betont, dass aufgrund der aktuellen Rechtsprechung der Spielraum bei der Gestaltung der Satzung für den Gemeinderat recht klein ist. Es ist auf eine punktgenaue Abrechnung zu achten, damit letztendlich nicht alle angeschlossenen Haushalte über höhere Abwassergebührensätze belastet werden.

Herr Krause ergänzt, dass teilweise deutliche Erhöhungen von 30 beziehungsweise 70 Prozent vorgenommen werden. Die Erhebung der höchstzulässigen Beitragssätze ist jedoch erforderlich, um die Kosten der erstmaligen Herstellung der Abwasserbeseitigungseinrichtung abzudecken.

Beschluss:

Die „Satzung über die Erhebung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Rastede (Abwasserbeitragssatzung)“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Haushalt 2002 - Beschluss über die Jahresrechnung / Entlastung des Bürgermeisters
Vorlage: 2004/129

Sitzungsverlauf:

Bürgermeister Decker nimmt an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Krause erkundigt sich, ob es sich bei den Haushaltsresten um Gelder handelt, die durch Kredite finanziert worden sind. Er regt an, künftig darauf zu achten, die Haushaltsreste so gering wie möglich zu halten.

Die Verwaltung legt dar, dass die Gemeinde Rastede keine Kredite für Gelder aufnimmt, die nicht benötigt werden. Stattdessen wird durch eine weitsichtige Planung versucht, auf die in der Haushaltssatzung bereits vorgesehenen Darlehnsaufnahmen weitestgehend zu verzichten.

Frau Weber fragt vor dem Hintergrund der rund 110.000 Euro teuren Flachdachsanierung an der KGS Rastede nach, ob der Neubau eines leicht geneigten Daches langfristig nicht günstiger als eine Flachdachsanierung ist.

Herr Ammermann betont, dass derartige Untersuchungen bereits an mehreren Objekten mit dem Ergebnis vorgenommen worden sind, dass eine Aufstockung aus Kostengründen in der Regel keinen Sinn macht. Außerdem gibt es wie bei der KGS oder der Sporthalle häufig Probleme mit den zahlreichen Lichtkuppeln, die eine Aufstockung nahezu unmöglich machen.

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002 wird mit einem Ergebnis in der Einnahme und in der Ausgabe i. H. v. jeweils **31.390.594,36 Euro** beschlossen.
2. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2002 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	30
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Haushalt 2004 - Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: 2004/160

Sitzungsverlauf:

Keine Aussprache.

Beschluss:

Der Rat stimmt den in der Anlage 1 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils über 5.000,00 Euro zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

Gründung der "Residenzort Rastede GmbH"

Vorlage: 2004/167 B

Sitzungsverlauf:

Herr Henkel erläutert zunächst anhand einer umfangreichen Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die wesentlichen Merkmale der Kommunalmarketing GmbH. Ein besonderes Lob geht an die Firma Bruns, die bisher die touristische Vermarktung der Gemeinde erfolgreich wahrgenommen hat.

Herr Finkeisen betont, dass mit der Gründung der „Residenzort Rastede GmbH“ ein bedeutender Baustein aus dem Kommunalmarketingkonzept umgesetzt wird. Besonders wichtig für die CDU Fraktion ist es, dass die mitwirkenden Vereine ihre Identität und ihre wirtschaftlichen Existenzgrundlagen behalten. Zielsetzung der GmbH muss es sein, eigene Einnahmequellen – mit dem der GmbH-Zweck finanziert und der Zuschuss der Gemeinde verringert werden kann – zu erschließen. Er gibt zu verstehen, dass der zur Kenntnisnahme vorgelegte Wirtschaftsplan der GmbH noch gesondert diskutiert werden muss.

Herr Kramer erläutert, dass die Residenzort Rastede GmbH mit dazu beitragen wird, dass die Kräfte aus dem Kommunalmarketing mit den beteiligten Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen gebündelt werden. Die SPD Fraktion wird jedoch darauf achten, dass die Ratsgremien in ihren Rechten nicht beschnitten werden. Damit die Gesellschaft kein Eigenleben führt, ist eine noch von den Ratsgremien zu verabschiedende Geschäftsordnung erforderlich, die auch die Aufgaben des Geschäftsführers explizit aufführt. Außerdem wird ein vernünftiges Berichtswesen erwartet.

Herr Langhorst erinnert an das große Interesse, das den Kommunalmarketingprozess in den vergangenen Jahren begleitet hat. Die Gründung einer GmbH ist die bislang wichtigste Entscheidung, womit gleichzeitig seitens des Rates ein großer Vertrauensvorschuss gegeben wird. Er gibt zu verstehen, dass die konzeptionelle Arbeit aber nach wie vor beim Rat angesiedelt sein muss.

Frau Reiners lobt noch einmal ausdrücklich die Arbeit der Tourist-Information und erklärt ergänzend, dass in §3, Absatz 3 Gesellschaftervertrags berücksichtigt werden muss, dass die Gemeinde Rastede die Bareinzahlung der Stammeinlage nicht tätigt.

Herr Krause erkundigt sich, ob der §2, Absatz 2 des Gesellschaftervertrags nicht gestrichen werden kann. Vor dem Hintergrund, dass eine regelmäßige Berichterstattung in den Ratsgremien erfolgen soll, ist es unglücklich, dass die Gesellschaft gleichartige oder ähnliche Unternehmen errichten und sich an diesen beteiligen kann, wodurch die Informationsbeschaffung erschwert wird.

Niederschrift

Herr Finkeinsen erläutert, dass Untergesellschaften oftmals aus steuerlichen Gründen notwendig sind. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschafterversammlung kann die Gemeinde Rastede mitbestimmen, ob eine neue Gesellschaft gegründet wird.

Herr Steinhausen ergänzt, dass dieser Passus in allen gängigen Gesellschafterverträgen aufgenommen wird.

Beschluss:

1. Die Gemeinde Rastede beteiligt sich an der Residenzort Rastede GmbH mit mindestens 60 %.
2. Die Ausführungen zur Gründung der Gesellschaft einschl. des Entwurfes des Gesellschaftsvertrages werden beschlossen.
3. Der Entwurf des Wirtschaftsplanes wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Vertrag mit der Fa. Bruns betreffend die Wahrnehmung touristischer Aufgaben wird mit Wirkung zum 31.12.2004 beendet.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Vorbereitungen zum vorgesehenen Arbeitsumfang der Gesellschaft zu schaffen bzw. zu initiieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

Bericht des Bürgermeisters

Hartz IV – Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Dem Ergebnis im Vermittlungsausschuss vom 30.6.2004 hat der Bundestag am 2.7.2004 zugestimmt. Der Bundesrat wird am 9.7.2004 hierüber beraten.

Die wesentliche Ergebnisse aus Sicht des LK Ammerland sind:

- Bund trägt 29,1 % der Unterkunftskosten
- Nettobelastung für den LK Ammerland beträgt
 - lt. Berechnung Nds. Sozialministeriums 3,2 Mio €
 - lt. Berechnung Bundesministeriums 1,3 Mio €

Für die Gemeinde bedeutet dies, dass im günstigsten Fall eine jährliche Mehrbelastung von 230.000 Euro (6 Prozent Kreisumlage) getragen werden muss. Der Kreistag hat die Entscheidung wegen der Sommerpause auf den Kreisausschuss übertragen. Eine gemeinsame Sitzung von Sozialausschuss und Kreisausschuss ist für den 4.8.2004 vorgesehen. Der Landkreis hat als Aufgabe hauptsächlich die Zahlung der Unterkunftskosten, die Bundesagentur die Eingliederung in Arbeit und die Zahlung des Arbeitslosengeldes II zu leisten.

Zu entscheiden ist vom LK:

- Antragstellung nach § 6 a SGB II (Experimentierklausel)
= *Erledigung aller Aufgaben durch LK /Gemeinden vor Ort besondere Einrichtung (z.B. Zweckverband ist erforderlich)*

oder

- Aufgaben des Landkreises auf die Arbeitsgemeinschaft übertragen
= *Prüfung Einbindung der Gemeinde Rastede in eine Arbeitsgemeinschaft Bad Zwischenahn ist vom LK beim Arbeitsamt beantragt.*
Zustimmung zu einer dezentralen Lösung (Außenstellenregelung in den Gemeinden) ist ebenfalls beantragt.

oder

- lediglich Zahlbarmachung der Unterkunftskosten durch den Landkreis

Auf Nachfrage von Herrn Düser erläutert Bürgermeister Decker, dass eine ÖPNV-Verbindung nach Bad Zwischenahn über die Berufsschule Rostrup vorhanden ist, so dass die Einbindung der Gemeinde Rastede in eine Arbeitsgemeinschaft Bad Zwischenahn aus diesem Grund kein Problem darstellt.

Herr Langhorst erklärt, dass der Landkreis Ammerland die Experimentierklausel favorisiert. Zu klären ist in diesem Zusammenhang noch die Finanzierung, die auch die Gemeinden in nicht unerheblichem Rahmen belasten wird.

Bürgermeister Decker gibt zu verstehen, dass genau darauf geachtet werden muss, dass den Aufgaben auch die Finanzmittel folgen. Mit Kreis- beziehungsweise Gemeindemitteln können nicht Aufgaben des Bundes bezahlt werden.

Beirat für Senioren in der Gemeinde Rastede

Die Neuwahlen für den Seniorenbeirat am 16. Juni 2004 ergaben folgendes Ergebnis:

- Sprecher: Rudolf Meister = wiedergewählt
- stellv. Sprecher: Jann Aden = wiedergewählt
- stellv. Sprecher: Karl-Heinz Köne = Neuwahl, da Horst Besser verzichtet hat

Der Sprecher Rudolf Meister ist beratendes Mitglied im Kinder- Jugend- und Sozialausschuss der Gemeinde Rastede und wird dort von Jann Aden vertreten (keine Veränderung). Vom Beirat für Senioren in der Gemeinde Rastede können drei Delegierte in den Kreissenorenbeirat entsandt werden. Kraft ihrer Ämter gehören Rudolf Meister (Sprecher Seniorenbeirat Rastede) und Jann Aden (Vorsitzender Kreissenorenrat) dem Kreissenorenbeirat an. Als weiterer Delegierter wurde Alfred Fechner nominiert, der dieses Amt auch bisher schon ausgeübt hat.

Herr Langhorst gibt zu verstehen, dass in den Ausschüssen der Gemeinde Rastede nur sehr wenig über die Arbeit des Seniorenbeirats berichtet wird. Der aufwendig erstellte Seniorenbericht des Landkreises findet in den Ratsgremien ebenfalls kaum Beachtung.

Saisonverlauf Hallenbad

Aufgrund der vorgenommenen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung im Hallenbad ist es gelungen, die Besucherzahlen in der vergangenen Saison auf hohem Niveau bei rund 120.000 Besuchern zu halten. Ein weiterer Grund für den guten Zuspruch ist in den besucherfreundlichen Öffnungszeiten zu sehen, wodurch insbesondere am Wochenende zahlreiche Gäste aus dem Umland angezogen werden. Darüber hinaus konnten erste positive Erfahrungen mit der Öffnung an Feiertagen gesammelt werden, so dass auch künftig das Hallenbad an dafür geeigneten Feiertagen geöffnet wird.

Baustandsbericht - Baugebiete

Im Baugebiet Nr. 75 – Göhlen geht die Ersterschließung zügig voran. Nachdem termingerecht mit den Bauarbeiten begonnen werden konnte, ist die Auskofferung der Planstraßen entsprechend dem Zeitplan erfolgt. Ebenfalls sind zwischenzeitlich auch die Schmutzwasserpumpstation sowie das Regenwasserrückhaltebecken installiert worden.

In den Baugebieten Donaustraße, Willehadstraße und Am Hagen ist die Ersterschließung termingerecht fertiggestellt worden. Die Errichtung der Wohnhäuser erfolgt zügig.

Brücke Logemanns Damm

Der Ausbau des Logemanns Damm wird in diesem Jahr nur den Neubau der Brücke beinhalten. Soweit die Baugenehmigung rechtzeitig vorliegt, ist mit dem Bau der Brücke ab dem 12.07.2004 zu rechnen.

Grundstücksgeschäfte

Im ersten Halbjahr ist die Veräußerung von 6 Wohnbaugrundstücken notariell abgewickelt worden. Dieses hat zu einer Einnahme von ca. 500.000,- € geführt. Darüber hinaus sind insgesamt weitere 40 Grundstücke in Wahnbek, Loy und im Göhlen vergeben worden, was eine Einnahme von ca. 2,3 Mio. € erbringen wird.

Im gleichen Zeitraum wurden 59 Flurstücke als so genannte Kleingrundstücke mit einer Gesamtgröße von mehr als 15.000 m² zu einem Preis von ca. 40.000,- € veräußert. Von den vielen Kleingrundstücken sind 161 Flurstücke zum Kauf angeboten worden, 50 Prozent der angeschriebenen Anlieger haben Interesse bekundet. Die Veräußerung ist vorrangig nicht als Mehreinnahme für den Haushalt gedacht, sondern insbesondere geht es bei der Veräußerung darum, bei den Unterhaltungskosten in den Folgejahren zu sparen.

Straßenbeleuchtungskonzept

Das Straßenbeleuchtungskonzept sah in diesem Jahr einen Sanierungsabschnitt vor, der so gut wie abgeschlossen ist. Der Sanierungsabschnitt umfasste die Sanierung von Masten, Lampenköpfen und Leuchtmitteln. Insgesamt wurden 87 Leuchten ersetzt.

Hochbaumaßnahmen

Entsprechend der Jahresarbeitsplanung sind für die Sommerferien folgende Hochbaumaßnahmen vorgesehen:

- Umbauten an der GS Feldbreite, im Werkraum und im Musikraum 16.000,- €
- Sanierung Wasserschaden an der GS Feldbreite 10.000,- €
- Sanierung des Flachdaches Hallenbad 95.000,- €
- Sanierung der Sauna und med. Bereich 80.000,- € (*Diese Maßnahme geht einher mit den Investitionen des Pächters!*)
- Erneuerung Fenster Rathaus mit Sonnenschutz 105.000,- €
- Sanierung der Flure in der KGS mit neuen Böden/Wandverkleidungen 25.000,- €
- Sanierung Fenster KGS 70.000,- €
- Sanierung Fenster Kindergarten Voßbarg 20.000,- €
- Sanierung Fenster Villa Hartmann 10.000,- €
- Sanierung Umkleiden/Duschen in der Sporthalle Kleibrok 40.000,- €
- Sanierung Flachdach Foyer Sporthalle Feldbreite 25.000,- €

Flutlichtanlage

Die Erneuerung der Flutlichtanlage auf dem Turnierplatz mit ca. 45.000,- € Investitionskosten ist soweit fertiggestellt. Es gab erhebliche Probleme mit der Lieferung der Halterungen für die Lichtköpfe. Am Donnerstag vor den Musiktagen konnte noch kurzfristig der Aufbau realisiert werden. Hierbei sind leider kleinere Pannen aufgetreten, die allerdings zwischenzeitlich behoben worden sind.

Offshore

Die Errichtung von Offshore- und Onshore-Windanlagen wird derzeit in den Medien diskutiert. Folgender Sachstand ist festzuhalten:

- Es gibt Überlegungen, Windkraftanlagen außerhalb des Naturparks Wattenmeer zu installieren.
- Es gibt zur Zeit noch keine finanzierbare Technologie, die den Transport des Stromes und die Speicherung sicherstellen kann.
- Es gibt erste Überlegungen zum Transport in Form von 50 m hohen Gittermasten mit mehreren Transportleitungen.
- Bei der Bez-Reg. Weser-Ems ist das Prüfungsverfahren für eine Transporttrasse beantragt worden. Bis zur Vorlage der DENA-Studie, also der Studie der deutschen Energieagentur, wird bei der Bez.-Reg. keine Entscheidung gefällt werden. Die DENA-Studie wird für den Herbst 2004 erwartet. Danach wird zu entscheiden sein, ob eine Antragskonferenz stattfindet.

Aus den ersten Planungsüberlegungen heraus ist der Bau einer Y-Trasse möglich. Danach ist zwar das Ammerland berührt, möglicherweise aber nicht die Gemeinde Rastede. Sollten sich diesbezüglich Änderungen ergeben, wird die Verwaltung unverzüglich über den aktuellen Stand informieren.

Ausbau B 211

Der Ausbau der B211, Ortsumgehung Loyerberg, ist nach wie vor im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes enthalten.

Jade Weser Port

Im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens zum Jade-Weser-Port hat die Gemeinde wie beschlossen Widerspruch eingelegt. Darüber hinaus hat die Gemeinde mit vielen anderen Anrainergemeinden einen Forderungskatalog an die Landesregierung gerichtet mit dem Ziel, kurze Schrankenschließzeiten zu erreichen, Lärmschutz an Autobahn und Bahn zu erhalten sowie die Beseitigung der höhenungleichen Kreuzungen mit der Raiffeisenstraße.

Torfabbau

Zum Torfabbau im Hankhauser Moor hat die Gemeinde die Unterlagen des F-Planes der Bez.-Reg. zur Verfügung gestellt. Seither hat es noch keine weiteren Gespräche oder Anfragen gegeben, so dass der Suchraum damit unverändert ist.

Finanzen im Bauwesen

Im Bauwesen stellt sich die Finanzsituation so dar, dass insgesamt bei etwa 4.000.000,- € zur Verfügung stehenden Mitteln im Verwaltungshaushalt ein Anordnungssoll von knapp 2.000.000,- € vorhanden ist. Ein Teil der Baumaßnahmen, die bereits durchgeführt wurden, sind noch nicht abgerechnet oder werden jetzt in den Sommerferien durchgeführt. Andere Maßnahmen sind für die Herbstferien vorgesehen. Für die Durchführung aller Unterhaltungs- und Neubaumaßnahmen existiert ein Jahresarbeitsplan.

Im Vermögenshaushalt stehen Gesamtmittel von 7,5 Mio. Euro zur Verfügung. Dem gegenüber steht ein Anordnungssoll von 3,5 Mio. € Dieses hat unter anderem damit zu tun, dass verschiedene Maßnahmen ausfallen werden, wie der Bau des Marktplatzes in Wahnbek, der Ausbau des Logemanns Damm (dort wird in diesem Jahr nur der Brückenbau durchgeführt), der Umbau der Oldenburger Straße zwischen ev. Kirche und Hof von Oldenburg, der Ausbau des Meenheitsweges ist verschoben auf das nächste Jahr und bei der Sanierung der Heizzentrale Feldbreite wird nur mit der Planung begonnen. Der Einnahme- und Ausgabestand entspricht etwa dem Planungsziel.

Radweg Heubült-Bekhausen

Der Radweg an der Wilhelmshavener Straße zwischen Bekhausen und Heubült wird voraussichtlich im September saniert. Die Sanierung der schlechten Fahrbahn ist von Anliegern schon im Rahmen der Bürgerversammlung angeregt worden.

Arbeit in den Ratsgremien

in den zurückliegenden Wochen und Monaten haben die Ratsgremien ein enorm hohes Arbeitspensum absolviert. Auf den Weg gebracht wurden unter anderem zahlreichen Bebauungspläne und Flächennutzungsplanänderungen, die Gründung der Residenzort Rastede GmbH, das Dorfzentrum in Wahnbek und die Fortschreibung des Gemeindeentwicklungskonzepts 2000+. Insgesamt haben im vergangenen halben Jahr nicht weniger als 30 Sitzungen stattgefunden, zu denen die Verwaltung annähernd 2500 Blatt Papier (6 große Leitzordner) in das Ratsinformationssystem eingestellt hat. Um diese immense Flut an Informationen bewältigen zu können, haben alle Fraktionen an einem Strang gezogen und dank einer sachlichen und zielorientierten Beratung in den Ratsgremien mit dazu beigetragen, die geschilderten Projekte auf dem Weg zu bringen.

Polizei Rastede

Auf Nachfrage von Herrn Düser gibt Bürgermeister Decker zu verstehen, dass kürzlich ein Gespräch mit Herrn Schelper und Herrn Sindermann stattgefunden hat. In diesem Zusammenhang wurden auch die Auswirkungen für Rastede durch die Polizeireform erläutert. Das Polizeikommissariat Rastede wird zukünftig Polizeistation. Dieses hat nur in der innerdienstlichen Hierarchie eine Bedeutung. Vorgabe von Herrn Kühme ist, dass in Rastede rund um die Uhr mindestens ein Streifenwagen einsatzbereit ist. Dies hat zur Folge, dass die Polizeistation Rastede voraussichtlich personell aufgestockt wird.

Auflösung der Bezirksregierung

Auf Anfrage von Herrn Düser erklärt Bürgermeister Decker, dass zur Zeit keine Erkenntnisse vorliegen, dass den Gemeinden Aufgaben der Bezirksregierung übertragen werden.

Herr Kramer ergänzt, dass bei einer möglichen Aufgabenübertragung auf das Konnexitätsprinzip geachtet werden muss. Er weist darauf hin, dass zahlreiches Fachpersonal freigestellt wird, dass eventuell auf kommunaler Ebene eingesetzt werden kann.

Tagesordnungspunkt 13

Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Herr Steinhausen schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 18:28 Uhr.

Einwohnerfragestunde

Landschaftsfenster in Hankhausen

Herr Uwe Küpker erkundigt sich, wer für die Pflege des Landschaftsfensters in Hankhausen zuständig ist. Seit einiger Zeit befindet sich der Aussichtsturm, der anlässlich der Landesgartenschau errichtet wurde, in einem äußerst ungepflegten Zustand.

Bürgermeister Decker erklärt, dass der Landkreis Ammerland – der bereits über den Zustand des Landschaftsfensters in Kenntnis gesetzt wurde – für die Pflege zuständig ist. Es wird angestrebt, eine so genannte Patenschaft mit einem Anwohner einzugehen.